

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Preuß.-Berlin sowie bei direktem Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3 M., bei Zustellung unter Streichband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Verantwortlicher: Kurt Nordens 2895 und 2896.

Bestellen Sie die „Freiheit“ durch Postamt/Bestelle oder deren Name 70 Pf., „Mittels Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Leertextspalten 30 Pf., die Familien- und Versammlungsanzeigen 10 Pf. der Zuschlag fest. Infolge für den darauffolgenden Tag müssen frühestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19. Verantwortlicher: Kurt Nordens 2788.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 29. Januar 1919

Nummer 51

Protestbewegung der Soldatenräte.

Die Offiziere für ihre Herrschaft.

Während im ganzen Reich ein Soldatenrat nach dem andern gegen den Erlaß des Kriegsministers protestiert, während die Erbitterung über diesen Erlaß, der die Soldatenräte aller Macht beraubt, unter den Soldaten von Tag zu Tag wächst, zur selben Stunde, wo die Soldatenräte des III. A. A. den Rücktritt des Kriegsministers verlangten, lagte in der Philharmonie der „Deutsche Offiziersbund“ und demonstrierte mit Sänen und Rabau gegen diesen selben Erlaß — weil er noch nicht reaktionär genug ist, weil er auf den Soldatenräten „noch“ nicht völlig „aufräumt“.

Sogar der „Lokal-Anzeiger“ muß zugeben: Die Verlesung war für eine Vereinigung von Offizieren kein sehr würdiges Bild. Schließlich wurde der Tumult so groß, daß ein sachgemäßes Verhandeln nicht mehr möglich war.

Aus den Reden nur einige Sätze: Der Erlaß bedeutet nichts weiter als den Ruin des Offizierskorps und damit des Heeres überhaupt. Aber was sind Proteste? Sollen wir streiken? (Zurufe: Jawohl!) Auf die Straße gehen? (Zurufe: Jawohl!)

Wir hatten doch jeder nicht aus Liebe zur sozialistischen Republik, sondern aus Liebe zum Vaterlande zu Gewehr und Stahlhelm gegriffen.

Major Krie betont ausdrücklich: Die Kommandogewalt liegt ja wieder in den Händen der Offiziere. Hier das genügt den Herren noch nicht. Sie verlangen völlige Befreiung der Soldatenräte.

Und der Kriegsminister? Er versucht zunächst den Erlaß zu verteidigen. Er erklärt: Er habe sich mit den Sänen des Zentralrates abfinden müssen.

Die Soldatenräte des ganzen Reiches protestieren auf der einen, die Offiziere protestieren auf der andern Seite. Und der Zentralrat? Schweigt! Und die Regierung? Schweigt!

Sollen Sie die Frage für unzulässig? Glauben Sie, daß der Major Krie, der zwischen den Soldaten auf der einen und den Offizieren auf der anderen Seite sich hier aufstellt, von selbst sich auflösen wird? Ja, daß er überhaupt ausgeglichen werden kann?

Dort stehen sich zwei unversöhnliche Parteien gegenüber. Auf der einen Seite die revolutionären Soldaten, auf der anderen die reaktionären Offiziere. Glaubt die Regierung, glaubt der Zentralrat, Feuer und Wasser vereinigen zu können? Sie müssen erst entscheiden! Wollen Sie mit den Soldaten — oder wollen Sie mit den Offizieren gehen? Revolution oder Reaktion, das ist hier die Frage.

Für alle Soldaten aber gibt es nur eines: Unbedingtes Festhalten an den mit Blut erkaufenen Errungenschaften der Revolution! Unbedingtes Festhalten an den sieben Hamburger Forderungen.

Weitere Proteste der Soldaten.

Der Delegiertenrat der Soldatenräte des IV. Armeekorps (Wandenburg) hat beschlossen, den Erlaß über die Kommandogewalt für ungültig zu erklären. Bis zur geschlichen Festlegung der Stellung der Soldatenräte durch einen neu einzuberufenden Reichs-Soldatenrats-Kongress soll im Bereich des IV. Armeekorps der Soldatenrat die ausführende Kommandogewalt in den Händen haben. Offiziere und Beamte, die sich dieser widersetzen, sollen entlassen werden.

Der Zentral-Soldatenrat für den Bereich des III. bis 15. Armeekorps in Rassel hat in der Pachtstimmung vom 27. auf den 29. Januar einstimmig folgenden Beschluß gefaßt und zur Erledigung an die Reichsleitung in Berlin und die General-Kommandos weitergegeben:

Der Zentral-Soldatenrat für den Bereich des III. bis 15. Armeekorps hält auf Grund der bei ihm eingegangenen Proteste von fast allen Garnisonen des Korpsbereiches eine Durchführung der im Armeeverordnungsblatt vom 19. 1. 1919 (Nr. 85) gegebenen Ausführungsbestimmungen zu den 7 Hamburger Punkten für unmöglich.

Der Zentral-Soldatenrat muß die Verantwortung für die

Folgen ablehnen, die sich aus der sofortigen Durchführung der oben angeführten Bestimmungen ergeben werden.

Der Zentral-Soldatenrat glaubt nur durch die Einberufung einer Reichs-Soldaten-Konferenz eine Verhütung der Soldaten noch zu erreichen. Der Zentral-Soldatenrat wird bei der Reichsregierung vorstellig, diese Konferenz sofort einzuberufen, um die Hamburger Punkte sinngemäß durchgeführt zu werden und den Neuaufbau des Volksheeres beratend vorzubereiten.

Der Zentral-Soldatenrat für den Bereich des III.—15. A. A.: Reinart, Borchert.

Zwei Vertreter des III. A. A. sind bereits nach Berlin unterwegs, um die Reichsregierung um Aufhebung der Bestimmungen des Kriegsministers zu ersuchen.

Weiter sind beim III. Armeekorps (Rassel) Proteste eingegangen von den Zentral-Soldatenräten des I. A. A., des 4. A. A., des 10. A. A. und des 9. A. A., ferner von Teilen des 18. A. A. und aus Teilen der Garnison Aülstein.

Auch die Kolberger Garnison protestiert gegen den Erlaß des Kriegsministers und die erwachende Reaktion. Am Sonntag voranstellten die Soldatenräte in Verbindung mit den Insassen der Kaserne einen großen Demonstrationzug. In vollendeter Ordnung bewegte sich der über 2000 Teilnehmer zählende Zug durch die Straßen der Stadt. Die Demonstranten besanneten sich einmütig zu der Institution der Arbeiter- und Soldatenräte, und betonten, daß sie gewillt seien, die Errungenschaften der Revolution gegen jegliche Reaktion zu schützen. — An den Zentralrat Berlin wurde eine dementsprechende Resolution abgesandt, bezugnehmend auf das General-Kommando des III. Armeekorps.

In Stargard protestierte die gesamte Garnison, unterstützt von der Arbeiterschaft, in einem gewaltigen Zuge unter vorangetragenen roten Fahnen gegen den Erlaß des Kriegsministers.

Eine allgemeine Soldatenversammlung der Garnison Kottbus, die glänzend besucht war und alle abkömmlichen Kameraden der Garnison vereinte, protestierte durch eine energische Resolution, die gegen verschwindend wenige Stimmen angenommen wurde, gegen den Erlaß der Regierung über die Neuordnung der Kommandogewalt. Der Rechtslogist Wiebel, Abgeordneter zur Nationalversammlung und Vertreter der Regierung bei der Obersten Heeresleitung, der sich an der Diskussion beteiligte und die Regierung in Schutz nahm, mußte als betrübter Vorkämpfer die Versammlung verlassen. Allgemein versicherten die Soldaten, daß sie durch Abgabe eines U. S. V.-Stimmzettels bei den Preußenwahlen Herrn Roske eine erstmalige Antwort erteilen würden. Das ist denn auch geschehen.

Hamburg, 29. Januar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Auf Grund der Beschwerden des 9. Armeekorps (Altona-Schleswig-Holstein) sind bereits von der Reichsleitung in Berlin die Bestimmungen des Kriegsministers für den Bereich des 9. Armeekorps aufgehoben.

Die Anlagen der Arbeitslosen.

Frankfurt a. M., 29. Januar. In einer Versammlung der Arbeitslosen von Groß-Frankfurt wurde bei der Besprechung der neuen Bestimmungen über die Erwerbslosensicherung die Reichsregierung und die Gewerkschaftsbürokratie in schärfster Weise angegriffen. Ein Redner legte eine neue Revolution, welche die jetzige gleichfalls militärische Regierung befeitigt, sei im Anmarsch. Eine Resolution wurde angenommen, in der die Maßnahmen der Reichsregierung, die ihre Tätigkeit darin erblicke, den Geldsack der Kapitalisten zu schützen, die hungernden Arbeitslosen oder noch mehr dem Elend preiszugeben, entschieden verurteilt werden.

Die Angestellten im revolutionären Deutschland.

Von S. Kufhäuser.

Wir müssen alle Kräfte, insbesondere auch die politischen Arbeiter, zusammenschließen, um unsere Produktion zu erhalten und zu entwickeln. Auch die politischen Arbeiter müssen wir gewinnen, indem wir ihnen das Reichsbrot des Sozialismus darlegen. Volksbeauftragter Barth in der Versammlung der Berliner Arbeiterräte am 19. November.

Der gegenwärtige Stand unserer politischen Verhältnisse gibt uns bei aller Wertung der revolutionären Errungenschaften noch keinen Anlaß zu jubeln, denn es fehlt auch nicht an Anzeichen, die auf ein Verflachen der so verheißungsvoll eingeleiteten Erhebung unserer Arbeiterschaft hindeuten. Die Berichte über vereinzelte Ausschüßversuche der Generalität oder sonstige Gewaltakte der Gegenrevolution brauchen dabei noch am wenigsten zu beunruhigen. Die Gefahr liegt weniger in bewaffneten Maßnahmen der gestärkten Mächte als vielmehr in dem Versuch einer inneren Korruption der revolutionären Bewegung selbst.

Es ist nicht zu leugnen, daß heute an vielen maßgebenden Stellen Personen tätig sind, die keineswegs auf dem Boden der November-Revolution stehen und vor allem auch innerhalb der Arbeiterräte Gegner des Sozialismus finden. Bei diesen Erwägungen spielen die Angestellten eine besonders bedeutungsvolle Rolle. Sie nehmen ihrer beruflichen Funktion entsprechend vielfach eine Brückenstellung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft ein, nenngleich sie selbstverständlich in sozialer Hinsicht in ihren Gesamtheit lediglich Arbeitnehmer sind. In den Großbetrieben sind die verschiedenen Angestelltengruppen auch unter sich selbst wiederum hierarchisch gegliedert, so daß sich geschickten Unternehmern allerlei Möglichkeiten bieten, die Angestellten untereinander und dann gegenüber der Arbeiterschaft auszuspielen. Es gibt kaum eine zweite Berufs-kategorie, die so sehr nach dem Grundriss: „Teile und herrsche“ mißbraucht wird, wie gerade die Kopfarbeiter.

Es ist also keineswegs ungefährlich, wenn auf Grund solcher Voraussetzungen vom großindustriellen Unternehmertum und seinen Kollegen im Handelsgewerbe versucht wird, in die verschiedenen revolutionären Arbeiterinstanzen ihre Angestellten-Künstlinge zu entsenden, um so ohne Kampf von innen heraus die revolutionäre Energie zu schwächen. Was zur die Wahlen zu den Arbeiterräten, den Betriebsräten usw. gilt, hat für die Stellung der Angestellten zur Revolution allgemein Geltung.

Es hat aber keinen Zweck, nun einfach die Angestellten-schaft, die immerhin eine Millionendichte von Arbeitnehmern darstellt, für den Sozialismus verloren zu geben. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Angestellten wird in der sozialistischen Gesellschaft keineswegs geringer sein können, als bisher in der kapitalistischen. Man wird im Gegenteil in Uebereinstimmung mit den obigen Ausführungen von Barth sagen müssen, daß eine umfassende Sozialisierung überhaupt nur unter tatkräftigster Mitwirkung der technischen und kaufmännischen Angestellten möglich sein kann. Das Interesse, die gesamte Angestellten-schaft für den Sozialismus zu gewinnen, ist also keineswegs eine Angestelltenfrage, sondern Sache jeder zielbewußten sozialistischen Arbeiterpartei.

Die Schwierigkeiten, die Angestellten dem Sozialismus zuzuführen, werden diejenigen am besten einzuklären wissen, die bisher versucht haben, diese Berufsgruppen zunächst für den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation zu gewinnen. Dennoch war es schließlich möglich, eine Reihe rein gewerkschaftlicher Angestelltenverbände zu schaffen, die bereits vor dem Kriege im unentwegten Kampf gegen die alten Harmonisierungsverbände standen und unter den härtesten Verfolgungsmaßnahmen der Unternehmer zu leiden hatten. Im Verlaufe des Weltkrieges haben diese Angestellten-gewerkschaften eine große Koalition geschlossen, indem sie sich zur Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-

Verbände zusammenfassen. Der Kernpunkt ihres Programms ist die Vertretung einer einheitlichen Arbeiterpolitik, während die Harmonieverbände schon gelegentlich die Trennung der einzelnen Angestelltengruppen und vor allem die Trennung der Angestelltenangehörigen vom Arbeiterschutz verlangen. Die so von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände geleistete Erziehungsarbeit unter den Angestellten hat wertvolle Kräfte für die jetzt so notwendige Solidarität der Arbeiter und Angestellten gebracht. Die mühslichen Erfahrungen, die z. B. die russischen Arbeiter zur Zeit ihrer Revolution bei den technischen Angestellten machen mußten, sind dem deutschen Proletariat erpart geblieben. Auf dieser von den gewerkschaftlichen Angestelltenverbänden in Deutschland mühsam erwirkten Grundlage einer Arbeitnehmersolidarität der Kopf- und Handarbeiter ist jetzt die politische sozialistische Propaganda aufzubauen.

Es wäre falsch, etwa im Hinblick auf die Revolution bei der Masse der Privatangestellten heute schon die sozialistische Weise voraussetzen zu wollen; es wäre aber nicht minder bedenklich, die noch im bürgerlichen Bohrwasser segelnden Angestellten einfach sich selbst und dem Werden der kapitalistisch demokratischen Wirtschaftspartei überlassen zu wollen. Die gesellschaftliche Abstammung mag die Aufklärungsstätigkeit unter den Angestellten erschweren, sie kann aber auf die Dauer doch nicht so stark wirken, als das wirtschaftliche Arbeiterinteresses, das die Angestellten an die Seite der Arbeiter führt. Es wird eine schöne Aufgabe sein, in dem jetzt eingeleiteten großen Werden einer gerechten Ordnung auch endlich alle Träger der Arbeit zusammenzuführen.

Dazu müssen auch die Arbeiter räte mithelfen. Sie werden die erwähnten Schwierigkeiten, die teils bei den Angestellten auch psychologischen Art sind, überwinden, wenn sie den Vorkämpfern in der Angestelltenbewegung, den gewerkschaftlichen Organisationen der Handlungsgehilfen, Techniker, Bankbeamten usw., d. h. ihrer Koalition der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, die zum Handeln erforderliche Anerkennung gewähren. Je mehr sie gewerkschaftlich erstarkt, um so mehr wird auch der Boden gebreitet, auf dem Arbeiter und Angestellte in brüderlicher Kameradschaft vorwärtsrücken können, um den einseitigen noch wenig oder gar nicht geschwächten Kapitalismus niederzujerkeln.

Deshalb fort mit dem Vertrauen zwischen den Kopf- und Handarbeitern, sie müssen Bundes- und Kampfgenossen werden, um das am 9. November 1918 begonnene Werk kraftvoll zu vollenden.

Handlangerdienste für die Reaktion.

Aus München schreibt man:

Als bayerischer Minister für militärische Angelegenheiten fungiert Herr Albert Hoffhaupt, vormals Hauptgeschäftsführer der mehrheitlich sozialistischen „Schwabischen Volks-Zeitung“ in Augsburg. Hoffhaupt behauptete kürzlich in einer Wählerversammlung in Rosenheim u. a., daß der Kampf gegen die Offiziere Formen annehme, die das Ansehen der Demokratie schädigen. Aus den neuerlichen Verfügungen des bayerischen Ministers für militärische Angelegenheiten, unterzeichnet Hoffhaupt, geht indes immer mehr hervor, daß die Parteinahme für die Offiziere Formen annimmt, die das Ansehen der Wehrheits-sozialdemokratie schädigen.

Aus den Verordnungen spricht ein Geist, der sich kaum von dem des früheren militäristischen Systems unterscheidet, und Herr Hoffhaupt deckt diese Produkte aller verbliebenen Militärbureaucraten mit seinem Namen. Wachtelartige Bediensteten der Mannschaften, über die gerade wegen kältester Behandlung im Felde werden unter höchsten Bemerkungen als nicht haltbar zurückgewiesen und nach altem Schema kennt man nur den Offiziersglauben. Auch ein Herr Hoffhaupt wird sich derartige Propagandas auf die Dauer nicht ungefragt erlauben können. Als Staatssekretär im bayerischen Ministerium für militärische Angelegenheiten amtiert Herr Hans Zimmermann der mehrheitlich sozialistischen Partei ein getreuer Schüler seines Vaters. Er erteilt kürzlich im Reichsamt Bureau des Ministeriums, um im Auftrag des Ministers mit dem Kaiserreich wegen Einstellung eines Major als neuen Chef des Reichsamt-Bureau zu verhandeln. Man vermutet, daß der gegenwärtig als Leiter des Reichsamt-Bureau tätige Kriegsbefehlshaber altes Hauptmann deshalb bei Stelle gelassen werden soll, weil er beim Kampfpersonal beliebt und für dessen Interessen in anerkannter Weise

eintritt. Selbstverständlich hat der Kaiserreich ein solch wertvolles Ansehen zurückgewiesen. Angesehen, denen darauf hin, daß militärische Einflüsse am Werke sind, um den alten Kampfsgeist zu erdenklichen. Herr Zimmermann machte auch geltend, daß für die beschäftigungslosen Offiziere Unteroffiziere geschaffen werden müßten, da man sonst zwingen sei, sie mit vollem Gehalt zu pensionieren. Der Kaiserreich erwiderte, der Herr Minister möge sich nicht einseitig für Offiziersinteressen, sondern in gleicher Weise für entlassene und zu entlassende Mannschaften einsetzen!

Sind das noch die gleichen Sozialdemokraten wie vor dem Kriege? Unzählige Erfahrungen wurden durch ihn vernichtet. Neben einer partiellmöglichen Behandlung gerade durch die Wehrmacht der Offiziere hat man Leben und Gesundheit für einen Schandpreis und für eine ungerade Sache geopfert, während andererseits für die Familien der Krieger entgegen den gemachten Versicherungen in völlig unzureichender Weise gesorgt wurde. Diese Versicherungen können heute gerott als Lug und Trug bezeichnet werden. Wie können unsere Kriegsbefehlshaber und Geschädigten für die ihnen bis jetzt zuteil gewordenen Hilfsmittel die Behandlung wenigstens nachdrücklich entschädigt werden? Man lasse für sie im bayerischen Ministerium für militärische Angelegenheiten mit demselben Eifer, den — in sehr in derbühlerischer Weise für das Fortkommen von früheren Soldatenschülern mit Offiziersbeschlüssen an den Tag legt. Es ist geradezu bedauerlich, daß Sozialisten (!) für ehemalige Sozialdemokraten eintreten, statt über sie zur Tagesordnung überzugehen!

Die Wirtsherrschaft.

Genosse Dr. Weinberg fertigt uns die Wirtsherrschaft eines dem Volkshauftragende Rolle übermittelten Protokolls. Wir drucken dieses Dokument ab, enthalten und aber jeder Bemerkung, da die mitgeteilten Tatsachen für sich sprechen:

Es erheint Fräulein Ella Hagl und gibt folgendes zu Protokoll:

Ich bin 39 Jahre alt, unbestraft und wohne Simon-Dach-Str. 32. Von Beruf bin ich Schneiderin.

Am Sonntag, den 11. d. Mts., fand ich an der Haltestelle der Elektrischen, Plaufer, Gde. Robanitzstraße, in einem völlig unpolizierten Gespräch mit einem fremden Herrn, der gleichfalls dort wartete. Wörtlich kam ein sehr jugendlicher Soldat auf mich zuzugehen mit dem Vortext: „Hier steht wohl auch eine Sozialistin.“ Ich erwiderte nur, er solle sich doch nicht lächerlich machen und sich um etwas anderes kümmern. Darauf rief er ganz laut: „Hier ist eine Sozialistin!“ und rief zwei bewaffnete Soldaten, die in der Nähe standen, herbei. Er ließ mich durch die Soldaten verhaften. Durch die Soldaten wurde ich zunächst zum Postamt geführt. Ich sagte dort sofort zu dem Wachtmeister, daß ich meine Papiere bei mir habe, insbesondere meinen Krankenbogen, daß ich sofort verhaftet werden wolle, da ich nur bis 3 Uhr Ausgang habe. Ein Soldat kam hinzu, gab mir von hinten einen Faustschlag in den Rücken und beschimpfte mich mit den unsäglichsten Ausdrücken, wie „Kad!“ „Dure Viechweib!“ und mit anderen Schimpfwörtern, die sich der Wiedergabe entziehen. An dem Beschimpfen beteiligten sich noch andere Soldaten, trotzdem ich mich durchaus ruhig verhielt. Vom Postamt wurde ich alsdann zur Dragoherstraße in der Belle-Alliance-Str. geführt mit noch fünf anderen Inhaftierten. Auf dem Wege wurde ich von den Soldaten und von der Menge aufs gräßlichste insultiert. Als ich den Wartofen, der mich transportierte, bat, mich gegen die Beleidigungen zu schützen, erwiderte er: „Halte die Fresse!“ und legte das Gewehr auf meine Stirn an. Er sagte: „Wenn du noch ein Wort redest, schicke ich dich ins Kad.“ In der Dragoherstraße bot ich dem Wachtmeister gleichfalls meine Papiere sofort zur Durchsicht an; er erklärte, er habe dafür keine Zeit. Unter den Augen des Wachtmeisters schlug mich ein Soldat ins Gesicht und sagte: „Du bist wohl Rosa Luxemburg!“ Dann wurden wir in den Stall geführt, wo sich die Gefangenen aus dem Verwahrnis bereits befanden. Als ich auf dem Wege dorthin den Wachtmeister bat, etwas langamer zu gehen, da ich wegen des Verreisens nicht so schnell gehen konnte, wurde ich wieder von den Soldaten in höchster Weise beschimpft und mit Gewehrkolben und Fußtritten mißhandelt. Ich habe noch jetzt die Wunden von den Hosenknöpfen im Rücken und an den Beinen. In der Durchfahrt zum Stall wurde mir der Hut vom Kopfe gerissen, und ich wurde wieder geschlagen. Als ich den Hut aufheben wollte, brachte man mich zu erschrecken und legte auch das Gewehr auf mich an. Ich wurde dann in den Stall hineingeführt. Noch einiger Zeit kam ein Soldat, der sich als Obermann der Roten Truppen bezeichnete, und von dem ich hörte, daß er Kavalier oder Reichswehr heißen sollte. Er verstandte uns, daß wir alle erschossen werden sollten. Bald darauf kam ein Delegierter vom

Vollzugsrat, der uns erklärte, daß wir nicht erschossen werden würden. Noch einiger Zeit wurden wir zur Kaserne des 4. Garde-Regiments am Hebrer Bahnhof transportiert, wo ich die Nacht bleiben mußte und erst am nächsten Mittag entlassen wurde ohne jeden Verhör. Ich bemerke, daß ich nicht die geringste strafbare Handlung begangen und mich noch niemals politisch betätigt habe. Ich leide noch jetzt physisch und seelisch auf sehr schwerer unter den Folgen der erlittenen Mißhandlungen.

Berlin, den 22. Januar 1919.

Ella Hagl

Franz Mehring †.

Dienstag Abend ist Franz Mehring im Grunewaldsanatorium nach langer Krankheit verschieden. Die Kunde von dem Hinscheiden des lebenden Historikers der deutschen Sozialdemokratie, des glänzenden Stilisten, des reich kampfbereiten Polemikers wird im deutschen wie im internationalen Proletariat schmerzliche Teilnahme erwecken.

Vollständig war Mehring stets ein Bekämpfer der opportunistischen Taktik, und sein Ausbruch des Krieges hat er mit aller Schärfe die unheilvolle Politik der rechtssozialistischen Führer immer wieder gebrandmarkt. Und dabei fand er noch die Zeit, die große Aufgabe, die er sich gestellt hatte, die Schaffung einer Marx-Biographie, zum Abschluß zu bringen.

Seine Bekämpfung der Kriegspolitik dünnte den herrschenden Kreisen immer gefährlicher, und sie verhängten über Mehring die Schuchhaft. Die Zeit hat die Lebenskraft des alten Mannes — Mehring hat fast das 72. Lebensjahr erreicht — rasch geschwächt. Als er endlich aus dem Gefängnis entlassen wurde, konnte er sich nicht mehr erholen. Aber von seinem Krankenlager verfolgte er mit leidenschaftlicher Teilnahme das Geschehen der deutschen Revolution, und ihren Ausbruch erlebt zu haben, bildete wohl den größten Trost und die frohliche Voraussetzung dieses inaktiven Kampflebens.

Der Völkerbund.

London, 23. Dezember. (Reuter.) Die Völkerbündnisse die Anträge des britischen Entwurfes für den Völkerbund, der den Grundgedanken der Abhülfe und des Zwanges gegen einen des Angriffes schuldigen Staat ausdrückt. Die britischen Vertreter sehen die Regelung von Streitigkeiten unter den Aufgaben des Völkerbundes an die erste Stelle, aber man stellt, seine Wirksamkeit auch auf folgende Aufgaben auszuwirken: Unterstützung von neuen Staaten, Ueberwachung des Handels mit Waffen und Munition, Aufrechterhaltung der Freiheit der Verkehrswege, sowie regelmäßiger Handelsbeziehungen, Bearbeitung wirtschaftlicher, gesundheitlicher und anderer gemeinsamer Fragen und die Errichtung einer gemeinsamen Organisation für die Behandlung der internationalen Arbeiterfragen.

Der Entwurf sieht für die allgemeine Konferenz aller Delegierten einen kleineren ausführenden Rat und ein dauerndes Sekretariat vor. Deutschland soll für erste ausge-schlossen werden, aber nicht unendlich lange.

Für die Regelung gerichtlicher Streitfälle muß ein Schiedsgericht errichtet werden bis zur Schaffung eines dauernden Gerichtshofes für internationale Entscheidung gerichtlicher Streitfälle. Für nicht gerichtliche Streitfälle muß der Rat oder die Konferenz zuständig sein.

Fälle, bei denen Zwang angewandt wird, werden sein: 1. Wenn die angreifende Macht darauf besteht, Krieg zu führen, ohne dem Völkerbunde zu gestatten, sich gewisse Entscheidungen über den Streit zu sichern.

2. Wenn eine der Streitenden Parteien sich dem Schiedsspruch sagt und die andere Partei sich weigert, ihn als entschieden anzunehmen.

Für Öffentlichkeit der Verträge und Aufhebung gewisser Verträge, die den Grundgedanken des Völkerbundes zuwiderlaufen, wird Vorsorge getroffen werden müssen. Hinsichtlich der Abklärung ist man der Auffassung, daß die Abhülfe der allgemeinen Wehrpflicht nicht genügt. Man denke an die Aufhebung des Grundgesetzes, daß kein Staat das Recht hat, bewaffnete Kräfte von einer Stelle zu halten, die auf Angriffsabsichten schließen läßt.

Freiheit und Revolution.

Von Carl Schurz.

Aus einem Brief, den der Achtundvierzigjährige kurz nach seiner Ankunft in Amerika an Voltaire von Neuenburg geschrieben hat.

„Ich habe in Amerika noch nicht viel gesehen, aber sehr viel gelernt. Es ist das erste Mal, daß ich in einem demokratischen Lande lebe, und daß ich sehe, wie ein Volk sich gebildet, das frei ist. Ich gestehe, ohne zu erröten, daß ich davon früher nur schwache Begriffe hatte. Meine politischen Meinungen haben eine tiefere Revolution erlebt, seit ich in dem Buche lese, in welchem allein das Wahre steht, im Buche der Wirklichkeit. Wenn ich mir nun die meisten der hitzigen Revolutionäre vom Fach vorstelle oder die meisten freisinnigen Damen der gebildeten Stände mit ihrer sentimentalen Demokratie in die hierigen Verhältnisse hineingebe, denke, wie sie beide inwendiglich rätionieren würden, die ersten über das Wesen der Staatsverfassung und die Umtriebe des Klassenkampfes, die letzteren über die wilde Jügellosigkeit des Volkes, und wie beide dann zu dem Schluß kommen würden, daß es nichts sei mit diesem Eldorado — dann will es mir ein wenig bange werden um die künftige europäische Republik, die ihre Stützen in jenen beiden Elementen finden soll. In der Tat ist es wahr, der erste Anblick des Landes erfüllt uns mit stummem Erschauern. Hier sehen Sie das Prinzip der individuellen Freiheit bis zu den letzten ihrer Konsequenzen; der Verachtung des freigelegten Geistes getrieben; dort sehen Sie den trübseligen religiösen Fanatismus sich in brutalen Akten ausleben; die große Masse des arbeitenden Volkes sehen Sie hier in der vollen Freiheit für ihre Organisationsbestrebungen und daneben den Spekulationsgeist des Kapitals sich in unerhörten Unternehmungen herumtummeln; hier eine Partei, die sich die demokratische nennt und die zugleich die Hauptstütze des Instituts der Sklaverei bildet, dort eine Partei, die gegen das himmelschreiende Unrecht des Sklaventums donkert, aber all ihre Argumente auf die Autorität der Bibel stützt und in einer ungläubigen geistigen Abhängigkeit steht; hier der unaufhaltsame Geist der Emancipation, dort das lästige Gelübde der Unterwerfung — alles dies in voller Freiheit, in buntem Gemisch durcheinander, nebeneinander. Der von Europa herübergekommene Fehlschritt, der bisher in der Welt der Freie und noch keine Gelegenheit gefunden hat, diese Ideen in Menschennatur umzuwandeln, verläßt jetzt zu sehen, fragt sich freudig: Ist das ein freies Volk? Ist

das eine wirkliche Demokratie? Ist die Demokratie eine Tatsache, wenn sie all diese entgegengesetzten Prinzipien in ihrem Schoße beherbergt? Ist das mein Ideal? — So fragt er sich zweifelnd und tritt mit unsicherem Fuß in diese neue, wirklich neue Welt. Er beobachtet und denkt, kreist allmählich die Vorurteile ab, die ihm Europa aufgegeben, eins nach dem andern, und zuletzt kommt er zur Lösung des Rätsels:

Ja, so sind die Menschen, wenn sie frei sind. Die Freiheit bricht die Fesseln der Entwicklung entgegen. Alle Kräfte, alle Schwächen, alles Gute, alles Schlechte, zeigen sich am Licht des Tages und in ihrer Wirksamkeit; der Kampf der Prinzipien kämpft sich unbeschränkt durch; die ärgere Freiheit zeigt erst, welche Kräfte zu besiegen sind, bis wir die innere erobern haben. Wer die Freiheit will, darf sich nicht wundern, wenn die Menschen sich nicht besser zeigen wie sie sind. Die Freiheit ist der einzige Zustand, in welchem es den Menschen möglich ist, sich selbst zu lernen, indem sie sich hinstellen wie sie sind. Dabei kommt das Ideal nicht heraus, das ist gewiß, aber ein unglücklicher Gedanke wäre es, das Ideal nach den Menschen herauszufordern zu wollen. Hier läßt man die Jesuiten wirtshofen, man schlägt sie nicht tot und treibt sie nicht aus — denn die Demokratie hat die Freiheit eines jeden Bekenntnisses, so lange es nicht die bürgerliche Freiheit eines andern beschränkt. — man bekämpft sie nicht mit der Waffe der offiziellen Gewalt, sondern einfach mit der öffentlichen Meinung. Das ist nicht allein demokratisch, sondern auch solidar, denn geht der Kampf der öffentlichen Meinung gegen die geistige Abhängigkeit langsam, so ist das ein Zeichen, daß die Menschen eben noch nicht reifer sind. Dieser Kampf hat den Vorteil, daß er nicht gleich Schritt hält mit dem Standpunkt der Menschheit, darum sind seine Siege weniger schnell, weniger glänzend, aber dauerhafter und entscheidender. So geht's hier mit allem. Der europäische Revolutionär wird darüber ungeduldig und möchte kräftige Schläge hineinrammen; aber die Menschen sind nur einmal so, daß sie sich nicht verdrängt lassen lassen, und die wahre Demokratie ist einmal so, daß sie in der öffentlichen Meinung reuert, nicht wie er sein sollte, sondern wie er ist. So ist meine hohe Achtung, daß sie europäischen Revolutionäre eine solche Revolution durch die hohe Regierung durch den bloßen Druck, schnell und politisch besser zu machen, in die Reaktion hineintreiben werden.

Jeder Blick in den politischen Leben Amerikas grüßet mich

Uebergangung setzt, daß die Aufgabe einer Revolution nichts anderes sein kann, als dem Volkswillen Raum zu schaffen, d. h. jede Autorität, welche im Staatsleben ihre Organisation hat, zu brechen und die Schranken der individuellen Freiheit so weit als immer möglich niederzuerwerfen. Der Volkswille wird sich dann ausleben, Dummheiten machen usw., aber das ist einmal seine Art; will man ihm etwas vortun und ihn danach freilassen, so wird er seine Dummheiten dennoch machen, trotz allem, was ihm vorgegeben worden ist. Jede dieser gemachten Dummheiten aber abfolviert etwas, während das Klügliche, was man dem Volke vortut, nichts abfolviert, bis der öffentliche Verstand selbst so weit ist, es tun zu können. Was dahin muß das Volk durch die Autorität, dann steht's schlimm mit der Demokratie.

Hier in Amerika kann man täglich sehen, wie wenig ein Volk nötig hat, regiert zu werden. In der Tat, was man in Europa nur mit Schanden nennt, die Anarchie, sie existiert hier in schöner Blüte. Es gibt wohl Regierungen, aber keine Herren; es gibt Gouverneure, aber sie sind Kommiss. Was hier in Amerika an großen Unterrichtsanstalten, an Kirchen, an großen Verkehrsrichtungen usw. entsteht, verdankt fast alles seine Existenz nicht der offiziellen Autorität, sondern dem spontanen Zusammenwirken der Privatleute. Man tut hier einen Blick in die Produktivität der Freiheit. Hier leben Sie eine solitar gebaute Kirche: eine Aktiengesellschaft hat sie gegründet; dort eine Unversität: ein reicher Mann hat sie durch Spenden ein bedeutendes Verbot hinterlassen, das dient nun als Kapitalstock, und die Unversität gründet sich fast ganz auf Subskription; dort ein Wasserwerk aus weichen Marmor gebaut; ein reicher Bürger hat es errichtet — und so geht's weiter ins Unendliche. Man wird hier erst gewahrt, wie überflüssig die Regierungen in einer Menge von Angelegenheiten sind, wo man sie in Europa für durchaus unentbehrlich hält, und wie die Möglichkeit, etwas zu tun zu können, die Lust weckt, etwas zu tun.“

Kunstkalender.

Im Besonderen habe die Ausführung von dem westfälischen Schwank „Der Mann ohne Verstand“ nicht, wie angezeigt, am Sonntag, sondern erst am Mittwoch, den 3. Februar, statt.

Die Soldatenräte.

Von Eduard Wederle.

Vorsitzender des Soldatenrats bei der Obersten Seeresleitung.

Bei der Reichskonferenz der A. und S.-Räte Deutschlands michte das Verhalten der Soldatenfraktion des Feldheeres allgemein überraschen, denn man hatte doch gerade von ihr eine starke Ablehnung und Verurteilung der Scheidemannschen Politik erwartet. Eine Unterredung, wor denn die Vertreter des Feldheeres waren, ist daher wohl sehr angebracht.

Zunächst ist die Feststellung notwendig, daß man von einer eigentlichen Revolution im Heere gar nicht sprechen kann. Der größte Teil des Feldheeres, das im Westen stand, hat überhaupt erst sehr spät von den Ereignissen in Deutschland Kunde erhalten. Eine Ausnahme hiervon machen die Truppen, die im Elsass und in den größten Städten Belgiens liegen, denn dort hielten die Nachrichten bald durch. Bei diesen Truppen kam es denn auch verhältnismäßig rasch zur Bildung von Soldatenräten. Der allererste Soldatenrat dürfte sich wohl im großen Hauptquartier gebildet haben, das sich zur Zeit der Revolution in Spaa befand. Dort hatte schon am 8. November bei einer der größten Formationen eine Soldatenversammlung stattgefunden, in der dem Führer die bündige Erklärung abgegeben worden ist, daß die Angehörigen der Formation sich weigerten, zum Schutze des Kaisers oder des Großen Generalstabes die Waffen gegen eigene Volksgenossen zu erheben. Man hatte damals, wie aus der von dem Soldatenrat bei der Obersten Seeresleitung zum Frontvertrertag in Ems herausgegebenen Denkschrift hervorgeht, umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen im großen Hauptquartier getroffen, da hartnäckig das Gerücht umging, daß eine Rotendivision im Anmarsch auf Spaa sei, die sich in den Besitz der Obersten militärischen Befehlshaberstelle setzen und den Kaiser verhaften wolle. Nach Bekanntwerden dieser Soldatenversammlung machten sich bei den übrigen Abteilungen im großen Hauptquartier gleiche Bewegungen geltend, und schon am 10. November kam es zur Bildung eines Obersten Soldatenrates, der sofort die Beziehungen zum Feldheer ausnahm.

Die Haltung der Soldaten im großen Hauptquartier dürfte auf die am 9. November erfolgte Abdankung des Kaisers und die weitere Haltung der Obersten Seeresleitung nicht ohne Einfluß gewesen sein. Insofern kommt der Bewegung eine hohe politische Bedeutung zu. Anders aber bei den meisten übrigen Soldatenräten. Diese hatten sich fast ausnahmslos erst einige Zeit später gebildet und zwar zumeist erst auf den Hindenburg-Erfolg vom 10. November hin, durch welchen die Truppen zur Bildung von Vertrauensräten aufgefordert worden sind.

Argendwelche politische Bestrebungen verbanden die Soldatenräte des Feldheeres mit ihrer Tätigkeit nicht. Sie sahen sich zunächst nur vor eine gewaltige Aufgabe gestellt, von deren Lösung alles abhing. Diese Aufgabe bestand in der Zusammenhaltung der Truppen, die einfach auseinanderzulaufen und als führerlose Herden sich über Deutschland zu ergießen drohten. Hungernd wären sie durch Deutschland gezogen und Raub und Plünderung im ganzen Reichsland die Folgen gewesen. Abgesehen davon würden dann auch alle im Feindesland befindlichen Proviant- und Bekleidungsdepots u. dgl. dem Feinde in die Hände gefallen sein. Die Verhütung dieser fürchterlichen Katastrophe bildete daher die große natürliche Aufgabe der S.-Räte. Sie mußten die Offiziere, gegen die sich im Laufe der Jahre ein nicht zu beschreibender, lange verhaltener Haß angeklammert hatte, erziehen oder das Vertrauen zu ihnen wieder festigen. Viele Offiziere hatten aus Angst schon selbst die Truppe verlassen, andere wurden einfach abgesetzt und nach Hause geschickt, da ihr Verbleib die Auflösung der Formationen zur Folge gehabt hätte. An der verhältnismäßig geordneten Rückführung der Truppen haben daher die S.-Räte ein nicht hoch genug zu würdigendes Verdienst. Nur politische Aufklärung blieb ihnen aber keine Zeit. Man hat es wohl auch absichtlich unterlassen, sich in dieser Richtung zu betätigen, da man befürchtete, es würden hierdurch nur neue trennende Momente in die Truppen gebracht. Daher sind die S.-Räte auch gar nicht nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt worden. Man wollte eben nur Leute, die als unschuldig bekannt waren und die das Vertrauen ihrer Kameraden genossen.

Die Abwesenheit jeglichen revolutionären Einschlags trat auf dem Konvent der Feldsoldatenräte, welcher am 1./2. Dezember in Bad Ems stattfand, klar in Erscheinung. Dort zeigte sich, daß sich ziemlich viele Gewerkschaftsbeamten innerhalb der S.-Räte betätigten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung stellte man sich zwar ausdrücklich hinter die Regierung Ebert-Oase, ohne doch man jedoch eine tiefere Abnung von der Freiheit der Seelen befaß, die sich in ihr verkörperte. Man hätte sich hauptsächlich demgegen abgedungen, dem Kabinett das Vertrauen zurückzugeben, weil man ihm einen Rückhalt gegen die S.-Räte geben wollte. Ein Verständnis für die Wehrabwehr innerhalb des Proletariats fehlte aber vollkommen.

Aus diesem unpolitischen Vertretertag heraus wurden nur die Delegierten für das Weltheer zum 18. Dezember gewählt. Zum weitläufigsten Teil setzten sie sich aus bürokratischen Intellektuellen zusammen, die beareitschaftsweise fast immer geschlossen mit der Mehrheit abstimmen.

Tramischen sind nun die Massen des Feldheeres zur Entlassung gelangt und es muß nun die besondere Aufgabe der Partei sein, sie über Wirken und Wollen aufzuklären. Die verhängnisvolle Friedenspolitik der abhängigen Sozialdemokratie hat in den weitesten Kreisen des Feldheeres immer volle Verurteilung gefunden und es muß unüberwindlich sein, den Massen das Unbewußte ihrer jetzigen Revolutionspolitik nachzuweisen.

Der Soldatenrat des Feldheeres bei der Obersten Seeresleitung hat sich inzwischen aufgelöst. In einer Kundgebung erklärt er, daß das Feldheer nunmehr demobilisiert sei und bittet die entlassenen Kameraden, an der Grundgesinnung festzuhalten, die den Soldatenrat bei seiner Arbeit befehligte: Achtung vor jeder aufrichtigen Gesinnung, auch wenn sie von der eigenen abweicht; Ablehnung jeder Verwegenheit der Gesamtheit durch eine Minderheit. Die Kundgebung schloß:

Kameraden! Vah! uns, so wie die deutsche Junge Klingt, ein Bekenntnis zu innerlich gerundeter Menschlichkeit, zu echter, menschlicher Gleichberechtigung aller, sind jetzt unsere Stöße gegen alles, was uns bedroht.

Kameraden! Vah! uns, so wie die deutsche Junge Klingt, ein Bock sein, das sich seines Wertes bewußt ist, das aus der Tiefe seines Wesens heraus Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit immer

wagt zu überstern bestimmenden Stößen in der Einwirkung setzen. Lebend nicht nur bereit ist, allen Vergewaltigten in der Welt, unter solchen Fahnen sie auch leben, brüderlich die Hand zu zeigen.

Reichszentrale der Arbeitsnachweise.

Berlin, 28. Januar. (Telunion.) Um die Arbeitsvermittlung den erhöhten Anforderungen der Übergangswirtschaft besser anzupassen und zu beschleunigen, ist auf Anordnung des Reichsarbeitsamts und des Reichsamts für die Wirtschaftliche Demobilisierung die „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“, die bei Kriegsbeginn im Reichsamt des Innern eingerichtet war, nunmehr dem Staatlichen Reichsamt, Abteilung für Arbeitsstatistik, in Berlin, Landgrafstraße 1 (Telegraphenadresse „Reichsarbeit“, Fernruf Röhren 3701 und 3855) angegliedert und zugleich eine Umformung des bisherigen „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ veranlaßt worden. Danach wird der Schwerpunkt der zwischenzeitlichen Arbeitsvermittlung in die über das ganze Reichsgebiet verteilten 25 „Zentralauskunftstellen“ verlegt, welche auf Grund eigener Stellenlisten für den schnellsten Ausgleich zwischen Arbeitsgesuchen und offenen Stellen innerhalb ihrer Bezirke zu sorgen haben. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise dagegen soll, ohne selbst Arbeitsvermittlung zu betreiben, den zwischenzeitlichen Ausgleich durch Herausgabe einer neuen Wochenausgabe des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ fördern und durch geeignete Maßnahmen dahin wirken, daß in Großstädten überzählige Arbeitskräfte schnellstmöglich den industriellen und landwirtschaftlichen Bedarfsgebieten zugeführt werden. Außerdem soll sie auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Arbeitsnachweise hinwirken. Im übrigen verbleibt die Arbeitsvermittlung im einzelnen wie bisher den bestehenden Arbeitsnachweisen.

Stellungnahme zum Parteitag.

Erster Kreis.

In der Generalversammlung des ersten Kreises bedauerte Schäning in seinem einleitenden Referat die Verchiebung des Parteitages. Die Parteimitglieder sollten sich für die Beratungen als Grundlage dienen, dazu seien sie nicht entschieden genug. Für die Arbeitsvermittlung noch ferner die politische Zusammenfassung verlangen, sei ein Anarchismus. Es gehe auch nicht an, an Stelle fortiger Sozialisierung eine feste Organisation ins Auge zu fassen. Staatsmonopole würden wir ohnehin bekommen, da der Staat Geld brauche. Nichts sehe ansehend bei seinem Entwurf also sehr auf dem Standpunkt, daß uns der Parlamentarismus auf unserer revolutionären Bahn vorwärts bringen könne. Daran müsse man jedoch fest zweifeln. Insbesondere dürften wir den Ausbau des Rätesystems nicht verabsäumen. Das sei wichtig, um neben der politischen auch die wirtschaftliche Freiheit zu erlangen.

Im Zusammenhang damit werde unsere Haltung zu den Gewerkschaften. Diese von innen heraus in revolutionärem Sinne umgekehrt habe sich als unmöglich erwiesen. Sie seien ihrer Form und Führung nach gegenrevolutionär. Nur auf dem von den Schülern beschrittenen Wege und durch Ausbau des Rätesystems sei eine Umwälzung zu bewirken. Aber auch die Parteiorganisation müsse an Haupt und Gliedern reorganisiert werden.

Genossin Lubwig wandte sich entschieden gegen die Schreibweise der „Freiheit“. Alle Bemühungen der Preßkommission seien bisher erfolglos geblieben.

Kaufhäuser führt die schonende Haltung der „Freiheit“ darauf zurück, daß die Partei bis heute kein festumrissenes Programm habe. In ähnlicher Weise fehlte der revolutionäre Kern. Besonders sei das Rätesystem nicht behandelt. Dieses könne und müsse neben der Nationalversammlung bestehen. Die Gewerkschaften haben zweifellos versagt. Sie deshalb perrenieren wollen, sei jedoch verfehlt, da sie nicht zu entbehren seien, so lange wir den sozialistischen Staat nicht haben. Wenn verlangt werde, politisch nach rechts einen starken Strich zu ziehen, so sei dies auch nach links hin zu fordern. Allerdings, wenn einer Gruppe Unrecht geschieht, wie es gegen Spartakus der Fall war, dann haben wir die Pflicht, uns für sie einzusetzen, als geschähe das Unrecht uns selbst.

Böttner bezweifelte die Möglichkeit, die Gewerkschaften von innen heraus umzuwandeln. Die Leitungen haben es verstanden, sich mit einem unübersehbaren Maß von Injanz zu umgeben. Das Geld, das sie erheben, wenn von der Natur des Proletariats die Rede ist, dürfe uns nicht irreführen. Wir haben Jahrhunderte lang unter der Diktatur der herrschenden Klassen bestanden und wollen zunächst einmal die Revolution überleben. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden diese Fragen noch von den entscheidenden Seiten beleuchtet. Zum Schluß wurden Anträge angenommen, worin verlangt wird, daß der Parteitag unbedingt zum angegebenen Termin, den 2. Februar, stattfinden, und daß in die Redaktion der „Freiheit“ ein leitender Redakteur komme, der besser als der bisherige die prinzipielle Haltung wahrer.

Zweiter Kreis.

Die Genossinnen und Genossen des zweiten Kreises nahmen in der Generalversammlung am Dienstag zum Parteitag Stellung. Genosse Jahnbohl hielt das Referat. Er schilderte die Politik der Partei seit ihrer Entstehung bis zum Kriegsausbruch. Nach Eintritt unserer Genossen in die Regierung hätte der Parteitag stattfinden müssen. Seine Verschiebung sei zu bedauern. Er möchte unbedingt vor der Nationalversammlung zusammenzutreten. — Von einer Einigung mit den Rechtssozialisten von jenen Preis könne keine Rede sein. Die Rechtssozialisten verlieren von Woche zu Woche an Boden. Vom Parteitag erwarten wir eine Verkräftung unserer Agitation und Presse. Wir fordern vom Parteitag ein klar umrissenes Programm, das sich auf das Erfurter Programm stützt unter Berücksichtigung des Krieges und der Revolution. Den Arbeiterräten sei ein besonderes Augenmerk zu schenken.

In der Diskussion wurde dem Vortrage zugestimmt. Fast sämtliche Redner verlangten, daß den Arbeiterräten ein hervorragender Platz im Aktionsprogramm eingeräumt werde. Die Gewerkschaften können für die Sozialisierung nicht in Frage. Die Verschlebung des Parteitag wurde bedauert. Einige Redner forderten eine Orientierung der Partei nach links. Für die Einigung des Proletariats läme das Rätesystem als Grundlage der Verhandlung in Betracht. Angeregt wurde, daß sämtliche sozialistischen Parteien Parteitage einberufen, die zu der Einigung Stellung nehmen und Kommissionen zur Anbahnung von Verhandlungen einsetzen. — Die Debatte wurde schließlich vertagt.

Dritter Kreis.

Unter Hinweis auf die günstigeren Bedingungen, unter denen die einberufene außerordentliche Generalversammlung des 3. Kreises jetzt abgehalten werden kann, gibt Genosse Schwertmann einen Rückblick auf die Geschehnisse der letzten vier Jahre. Er erörtert mit Rücksicht auf die vielen aus dem Heere heimgekehrten Soldaten die Gründe, die zum Austritt unserer Genossen aus der alten Fraktion und zur Gründung der U. S. V. geführt haben, und schließt besonders die Unterlassungsfälle der Parteiführerinnen und ihre Unentschiedenheit, den Anagnonsbestrebungen und dem Wohlwollen der alten Reichsleiter gegenüberzutreten. Wenn von den Erfolgen des 1. November so wenig übrig geblieben

ist, so kann die Verweigerung so nun für Haupt er... zu ist das eine Folge des Umstandes, daß die jetzige Regierung eine Befestigung der bürgerlichen Parteien ist. Dabei erdol sich auch ihr Ruf nach so früher Veränderung der Nationalversammlung und ihr jetziger Plan, mit bürgerlichen Demokraten zusammen eine Koalitionsregierung zu bilden. Ihnen gegen über halten wir die Fahne des Sozialismus hoch und fordern die allseitige Sozialisierung der dafür reifen Betriebe, die Abschaffung der heidenden Heere und ihre Erziehung durch ein Volkswahl, die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Rätesystems. Mit allen Sozialisten solcher Gesinnungswegungen läßt sich die Einheit des Proletariats wiederherstellen, aber nur mit diesen. Die Diskussion beschäftigte sich ebenfalls eingehend mit der Einigungsfrage, deren Lösung von allen Rednern als notwendig erachtet wurde; von einem derselben wurde darauf hingewiesen, daß man zu den Arbeitern aus den Reihen der Rechtssozialisten nur dann Vertrauen haben könnte, wenn sie sich erst ihrer kompromittierten Führer entledigten. Mit großem Interesse wurde die Bekanntgabe der Verlegung des Parteitag Mitte Februar wurde angenommen. Die zutage tretenden Klagen über die Koalitionsführung und Expedition der „Freiheit“ suchte der Vorsitzende aus den Verhältnissen heraus zu erklären. Er betonte zum Schluß noch über die bevorstehenden Organisationsänderungen und verlangte dann die Verammlung auf den 4. Februar, wo auch die Delegiertenwahlen vorgenommen werden sollen.

In Berlin nahm am Dienstag eine Mitgliederversammlung Stellung zur Reichsgeneralversammlung und zum Parteitag. Genosse Kaufhäuser erläuterte den Bericht. Er betonte u. a., daß die Reichsgeneralversammlung den Eindruck erweckt habe, daß sie unbedingt ein klarer Strich gegen rechts gezogen werden müsse und daß in der Einigungsfrage es nur eines geben könne, nämlich Sammlung aller Arbeiter auf Grund einer klaren, wirklich sozialistischen Politik. Diesen Weg zu weisen, müsse Aufgabe des kommenden Parteitag sein. Redner begründet noch die Notwendigkeit der auf der Reichsgeneralversammlung vorgenommenen Vorstandswechsel. Vom Genossen Birkel wird letzteres bestritten, da der Vorstand sich freiwillig bereit erklärt habe, nach Beendigung des Krieges sein Mandat den Genossen zur Verfügung zu stellen. Gen. Siebertz wendet sich gegen die Geschäftsführung auf der Reichsgeneralversammlung und verlangt in einem Antrag Ausschließung der dort vorgenommenen Wahlen. Gen. Kaufhäuser hebt die Notwendigkeit der Einigung hervor. Wir müssen uns schnell einigen, Redner beurteilt die Parteimitglieder. Wir müssen den Kampf mit geistigen Waffen führen. Nach einer weiteren sehr lebhaften Diskussion wird der Antrag Siebertz angenommen. — In seinem Schlusswort wendet sich Kaufhäuser scharf gegen die Kommunisten innerhalb der Partei, er fordert sie auf, mitzuarbeiten und sich dem Mehrheitsbeschlüssen zu fügen. Er betont, daß er, wenn die Mehrheit der Genossen beschließt, zu den Kommunisten überzutreten, er sich dieser Mehrheit anschließen würde. — Im nächsten Punkt der Tagesordnung beschäftigt sich die Versammlung mit den Stadtverordnetenwahlen und mit dem Vorstand. Die Stimmung der Versammlung findet ihren Ausdruck in folgendem zur Annahme gelangtem Antrag: Der Vorstand hat sofort die Agitation zur Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen und mit allen Mitteln zu betreiben. Sollte der Vorstand aus inneren Gründen dazu nicht fähig sein, so hat er seinen Rücktritt zu erklären. Zur Förderung der Aktionsfähigkeit ist der Vorstand um sechs Mitglieder, die auf dem Boden der Mitarbeit stehen, zu ergänzen. Auf Grund dieses Antrags wurden neu hinzugewählt die Genossen Deutschmann und die Genossen Krüger, Krille, Edmell, Grohmann und Herubenberg.

Gewerkschaftliches.

Mitbestimmungsrecht der Angestellten-Ausfälle. Die am 24. Januar versammelte Obmanne des Elektro-Berufs, welche insgesamt 40 000 Angestellte von Groß-Berlin vertreten, fordern die Arbeitsgemeinschaften der freien Angestellten-Gewerkschaften dringend auf, mit aller Entschiedenheit das Mitbestimmungsrecht der Angestellten-Ausfälle in den Betrieben zu fordern und alle Maßnahmen zu treffen, die Durchsetzung dieser fundamentalen Forderung aller Angestellten mit größter Beschleunigung durchzuführen.

Der Angestelltenrat der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin, erklärt zu den in der Presse seitens der Diktatur der Mitteldeutschen Creditbank inspirierten Mitteilungen über die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten der Mitteldeutschen Creditbank, daß die darin enthaltenen Darlegungen den Tatsachen in fast allen Punkten nicht entsprechen. Es ist nicht richtig, daß den Angestellten „erbliche Fugelmittel“ gemacht worden sind. Vielmehr ist in den letzten Kriegsjahren nur eine relativ ganz minimale Verbesserung der Einkommen erfolgt. Es kommt nicht, daß „namentlich bei den kleineren Gehältern beträchtliche Wohlstandsgewinne“ erzielt wurden, sondern es befinden sich in unruhen Zeiten eine nicht geringe Anzahl von verbeirateten Angestellten, die noch heute Gehälter empfangen, die selbst eine einigermassen anständigen Lebensführung in Friedenszeiten nicht ermöglichen würden, geschweige denn bei den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen. Hingegen kommt es, daß von unserer Direktion Auszahlungslagen gewährt wurden, die den laufenden Auszahlungslagen der anderen Banken ungefähr entsprechen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß stets die Basis aller Zulagen die Abnahme niedriger, der Gehaltssteigerung wenig bekannten Friedensgehälter war. — Bei der von uns geforderten Gehaltssteigerung von 100 Prozent gegenüber den Gehältern bei Ausbruch des Krieges ist es selbstverständlich, daß eine so hohe Aufbesserung bei höheren Gehältern (die meistens nicht viel höher als die des Lohnarbeiters oder Handwerkerpersonals sind) nicht verlangt wird. Die Schuld an der ungenügenden Lage trifft nicht die Gewerkschaft, sondern einzig und allein unsere Direktion, welche dem Angestellten-Ausfall in der letzten Verhandlung erklärte, daß weitere Verhandlungen über immer dieselben Punkte zwecklos, da ihre Zeit „zu kostbar“ wäre.

Die Sitzung der Arbeiter beschäftigte sich in einer Vermittlung mit den zur Zeit im Beruf bestehenden Arbeitsverhältnissen. Nach längerer Aussprache gelangten mehrere Anträge zur Annahme, die der nächste Verbandsversammlung unterbreitet werden sollen. Der eine Antrag verlangt, daß so schnell wie möglich eine öffentliche Arbeitslosenversammlung einberufen wird, die sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung beschäftigen soll. Ein anderer Antrag will, daß die Umfragen nach Arbeit verboten wird und daß sich jeder Arbeitslose beim Arbeitsnachweis eintragen lassen muß. Ein dritter Antrag verlangt Besetzung der Stellen der Arbeitsvermittler durch Kriegsbeschädigte. Bei der Neuwahl der Sektionsleitung wurden gewählt: Emil Schröder als 1. Vorsitzender, Friedemann als 2. Vorsitzender, Richard als Schriftführer. In die Agitationskommission wurden gewählt: Roskowitz, Alse, Dietz, Engelhardt, Dieck, Hilberheimer, Grohmann, Kollege Schröder leitete in seinem Schlusswort das Verhalten der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen, die den Weg zur Organisation nicht zurückgefunden haben, früher aber wußten, wo sie Unterstützung beziehen konnten. Er fordert dann alle Kollegen auf die Verbandsversammlung zu besuchen und alle fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen.

